

Sitzung Nr. 9 vom 13. September 2011

Vorsitz Boris Banga, Stadtpräsident

Anwesend Alex Kaufmann
Urs Wirth
Daniel Trummer
Anna Duca (Ersatz)
Alfred Kilchenmann (Ersatz)
Aldo Bigolin
Hubert Bläsi
Renato Müller
Reto Mosimann
Ivo von Büren
Marc Willemin
Heinz Müller
Thomas Marti
Andreas Kummer

Entschuldigt Clivia Wullimann
Remo Bill

Anwesend von Amtes wegen Kurt Boner, Leiter SDOL
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-
Stellvertreterin (Protokoll)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 18:00 Uhr

TRAKTANDEN (2522 - 2525)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 16. August 2011
- 2 2522 Soziale Dienste Oberer Leberberg / Erhöhung Rahmenstellenplan auf 2485 Stellenprozente
- 3 2523 Stiftung Adrian Girard: Erfolgsrechnung und Bilanz 2010 Revisorenbericht zur Jahresrechnung 2010; Genehmigung

- 4 2524 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 5 2525 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 16. August 2011 wird mit folgender Bemerkung genehmigt.

Deckblatt

Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde das Protokoll von Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-Stellvertreterin, verfasst.

Das Deckblatt wird ausgewechselt.

- 0 -

**Soziale Dienste Oberer Leberberg / Erhöhung Rahmenstellenplan auf 2485 Stellenprozen-
te**

Vorlage: SDOL/16.08.2011

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Kurt Boner, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, werden immer wieder – dieses Jahr früh im Kalender – Stellenerhöhungen bei den Sozialen Diensten anbegehrt. Es gibt grob zwei Gründe:

Seit 2009 die Sozialregionen existieren, gibt es auch kantonal verbindlich Grundlagen für die Errechnung der Stellenpläne.

Die Zahlen steigen über die Jahre – in den Bereichen Sozialhilfe und Kindes und Erwachsenenschutz.

Grob gesagt sind ja zwei Lastenausgleiche in Betrieb:

- Der Lastenausgleich Sozialhilfe mit rund 300 Franken pro Einwohner
- Der Lastenausgleich Personal- und Infrastruktur ist etwas komplizierter – man erhält 1'500.-- pro Fall – die Kosten werden pro Einwohner (ca. 60 Franken) getragen. Die Restkosten von Personal und Infrastruktur werden pro Einwohner in der Region finanziert.

Erstmals existieren Vergleiche der Sozialregionen im Bereich Sozialhilfe, welche von der Firma Ecoplan aufbereitet wurden. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs sollte studiert werden, inwieweit ein Bonus/Malussystem eingeführt werden kann.

Neben den üblichen Vergleichen Sozialhilfequote usw. sind das erste Mal nach einer wissenschaftlich geprüften Methode die erwarteten Kosten der Sozialhilfe mit den tatsächlichen Kosten verglichen worden. Die Region Grenchen schnitt hier am besten ab – so grob über den Daumen gepeilt hätte man zwei drei Millionen mehr ausgeben können und wären immer noch im Hick gewesen.

Man hat sich entschieden, dass weitere ein bis zwei Jahre nach dem bisherigen Lastenausgleich weiterzufahren sei, damit weitere Daten für ein Bonus/Malus System vorliegen.

Fakt ist – es wird einiges unternommen, um die Kosten tief zu halten – lohnen tut es sich allerdings nicht. Die Restkosten von Personal und Infrastruktur trägt das SDOL selber – die Anstrengungen des SDOL werden quasi unter die Einwohner des Kantons Solothurn verteilt.

Sozialhilfe war in letzter Zeit wieder Thema. In regelmässigen Abständen werden Debatten geführt – Sozialhilfequote Biel mit 11% war ein Thema (das ist rund doppelt so hoch wie in Grenchen) – Auto und Sozialhilfe als weitere Themen.

Diese Debatten gehen an den wahren Problemen meist vorbei. Das Schweizer Sozialversicherungssystem ist zu kompliziert und zu missbrauchsanfällig. Vereinfachungen und Zusammenlegungen wären notwendig. Arbeit müsste sich lohnen – ein Anstandsabstand zwischen denjenigen, die arbeiten, und denjenigen, die nicht arbeiten, müsste hergestellt werden.

Das Sozialhilfesystem müsste im Zusammenspiel mit den Sozialversicherungen angepasst, möglicherweise stark verändert werden.

Es braucht keine neuen Systeme wie Familienergänzungsleistungen, die dazwischengeschaltet und wodurch weitere unübersichtlich Schnittstellen geschaffen werden.

Segmentierung und Differenzierung ist aus seiner Sicht angesagt. Eine alleinerziehende Frau mit zwei kleinen Kindern ist anders zu behandeln als ein arbeitsfähiger mit krimineller Energie ausgestatteter junger Mann.

Es gibt immer mehr eigentliche Sozialrentner, die ohne Perspektive in der Sozialhilfe sind.

Junge Leute sind mit aller Konsequenz in die Gesellschaft zu integrieren – Motivation vorausgesetzt – sonst muss auch der Mut bestehen, jemanden fallen zu lassen – das heisst, Sozialhilfe ganz zu streichen - eventuell entsteht so neue Motivation. Es kann nicht sein, dass in einem jungen Leben als erstes ein Sozialhilfeeinkommen generiert wird.

Was dem SDOL – was Kurt Boner jederzeit klar ist – jeder Franken, der ausgegeben wird, ist ein Steuerfranken.

Kurt Boner erläutert noch kurz den Rahmenstellenplan. Noch ein Wort zur Differenz: er beantragt 100% neue Administration und ab 01.07.2012 80% Sozialarbeit. Der Rahmenstellenplan wird aber nur um 155% erhöht – die Differenz ist so zu erklären, dass im bisherigen Stellenplan 25% nicht besetzt waren.

2. Eintreten

2.1. Der SVP, so Gemeinderat Heinz Müller, ist bekannt, dass Kurt Boner gute und kostengünstige Arbeit verrichtet und dafür sorgt, dass Sozialhilfeempfänger der Stadt Grenchen nicht allzu lange auf der Tasche liegen. Es ist unbestritten, dass Kurt Boner dafür ein grosses Lob gebührt, obwohl die Sache absolut unerfreulich ist. Die Forderungen, die er erwähnt hat, entsprechen auf der ganzen Linie den SVP-Forderungen. Das ist aber etwas, was der Gemeinderat nicht beeinflussen kann, es gibt viele Sachen, die auf einer höheren Stufe gelöst werden müssen. Er bittet Kurt Boner, dem Gemeinderat eine Liste von gesetzlich möglichen Massnahmen zu liefern, wie man Grenchen für Sozialhilfeempfänger unattraktiv machen könnte, damit die Behörde darüber entscheiden und mithelfen kann, dieses Ziel auch zu erreichen. Die SVP ist für Eintreten und wird dem Beschlussesentwurf zustimmen

2.2. Laut Gemeinderat Renato Müller zeigt die Vorlage auf, dass die Sozialhilfe- und Vormundschaftsfälle erneut zugenommen haben. Nach den Bewilligungen von zusätzlichen Stellen im Jahr 2009 und 2010 liegt heute der Antrag für Pensenaufstockungen in den Fachbereichen Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz vor. Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit dem vorliegenden Antrag befasst und zur Kenntnis genommen, dass der Stellenetat inkl. der heute beantragten Stellenprozente gleichwohl noch unter dem Stellenplan gemäss kantonaler Vorgaben liegt.

Dies zeigt auf, dass beim SDOL effizient und gleichwohl qualitativ gute Sozialarbeit geleistet wird. Dies zeigen auch die bisherigen Auswertungen betreffend Fallkosten und relativen Kosten auf, wo die Sozialen Dienste Oberer Leberberg gegenüber anderen Sozialdienstregionen gut bis sehr gut abschliessen.

Erstaunt ist die FDP-Fraktion über die Tatsache, dass gute Facharbeit im Sozialhilfebereich mit insgesamt tiefen Sozialhilfekosten noch nicht belohnt wird. Immerhin sind Bestrebungen im Gang, dem Umstand entsprechend Rechnung zu tragen. Es ist zu hoffen, dass die involvierten Kantonsämter und der Einwohnergemeindeverband schon bald ein Kontrollinstrument schaffen können. Denn nur so kann in Zukunft effiziente und kostengünstige Sozialarbeit von unwerter und unprofessioneller Arbeit unterschieden werden, was sich dann auch im Rahmen eines Bonus/Malus-Systems mit tieferen Kostenbeteiligungen im Finanzausgleich Sozialhilfe bezahlt machen muss.

Die steigende Zahl der Sozialdossiers machen nachdenklich und sorgen für finanzpolitischen Zündstoff, der auch von den Grenchner Steuerzahlern wahrgenommen wird. Und wenn man genauer hinschaut und den Bereich um die Sozialhilfe erweitert, tun sich Themen auf wie

- vernachlässigte Wohnliegenschaften mit billigen Wohnungen, die Randständige geradezu anziehen,
- ungenügende Integration ausländischer Einwohner ohne Perspektiven bei der Arbeit und in der Gesellschaft,
- Entwertung und Niedergang ganzer Wohnquartiere,

kurzum Faktoren, die den "Sozialtourismus" fördern und die Anzahl der "Steuerbezüger" stetig anwachsen lässt!

Diese unerfreuliche Situation ruft nach Gegenmassnahmen, die die Stadtverwaltung und die Politik herausfordern. Hier darf man die Zügel nicht aus den Händen geben und parteiübergreifende Lösungen sind mehr denn je gefragt. In diesem Sinne geht die FDP auch mit den Äusserungen von Heinz Müller einig.

Mit zunehmender Besorgnis über die aufgezeigte Entwicklung ist die FDP-Fraktion für Eintreten und wird dem Antrag um Anpassung des Stellenplans wohl oder übel und mit keiner Begeisterung zustimmen. Die Zusage der FDP erfolgt mit der Aussicht auf ein künftig verbessertes Qualitätssystem, welches den Finanzausgleich Sozialhilfe und die Kostenanteile der Stadt Grenchen positiv beeinflussen wird.

- 2.3. Namens der CVP zeigt sich Gemeinderat Andreas Kummer besorgt über die wiederum steigenden Fallzahlen. Es wäre falsch und lediglich Symptombekämpfung, wenn man jetzt über Stellenprozente diskutieren würde. Man hat zur Kenntnis zu nehmen, dass man dem SDOL die nötigen Kapazitäten zur Verfügung stellen muss, damit es die Dossiers richtig und qualitativ hochstehend bearbeiten kann – was es bisher auch immer getan hat. Man hat damit aber ein weiteres Indiz für eine problematische demografische Entwicklung in der Stadt Grenchen. Letztens wurde im Gemeinderat darüber gesprochen, dass der Ertrag der juristischen Personen steigt und derjenige der natürlichen Personen sinkt. Das hat damit zu tun, dass der Ausländeranteil steigt sowie der Anteil der Wenigverdienenden und derjenige der Sozialhilfeabhängigen zunehmen. Die Gründe dafür wurden von Renato Müller skizziert. Die CVP denkt in die gleiche Richtung. In diesem Sinne wird sie der Vorlage zustimmen. Aber man muss jetzt Nägel mit Köpfen machen und das Problem angehen.

Andreas Kummer unterstützt das Votum von Heinz Müller, wonach der Gemeinderat mehr über die Gründe der Entwicklung im Sozialbereich wissen muss, damit er entsprechende Gegenmassnahmen ergreifen kann. Grenchen hat eine verschärfte Entwicklung im Sozialbereich im Vergleich zu anderen Städten oder Gemeinden. Die CVP stimmt der Vorlage ebenfalls nicht gerne zu. Aber es ist für sie ein Warnsignal, über die weitere Entwicklung in diesem Bereich nachzudenken.

- 2.4. Für Gemeinderat Urs Wirth ist einzig und alleine unerfreulich, dass es Menschen gibt, die von der Sozialhilfe abhängig sind – ob sie es nun selbst verschuldet haben oder nicht. Grenchen oder die Sozialhilfe unattraktiv zu machen, ist keine Lösung. Damit führt man keinen einzigen Mitmenschen aus der Sozialhilfe heraus. Wiedereingliederung durch qualifizierte Sozialarbeit, ist aber eine mögliche Lösung, und genau das machen die Sozialen Dienste Oberer Leberberg unter der Verantwortung von Kurt Boner. Wenn man die Kosten pro Fall gemäss Statistik sieht, muss man sagen, dass das SDOL eine gut funktionierende und effiziente Einrichtung ist. Das ist zum Teil auch ein Verdienst des Gemeinderates. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Verantwortlichen qualifizierte Leute angestellt haben, sondern der Gemeinderat dem SDOL auch die Stellenprozente resp. die personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt hat. In diesem Sinne ist das Geschäft nicht unerfreulich. Das heutige Geschäft aber mit sozialhilfeabhängigen Leuten in Zusammenhang zu stellen, ist falsch. Es braucht einen gut funktionierenden Sozialdienst. Deshalb wird die SP der Vorlage zustimmen und dankt dem SDOL für die grossartige Arbeit unter der Leitung von Kurt Boner.
- 2.5. Kurt Boner freut sich über das grosse Vertrauen, welches ihm parteiübergreifend entgegen gebracht wird. Das mit der Liste ist relativ schwierig. Sie würde auch nicht sehr lange. Seine Vorschläge gehen in Richtung städtebauliche Massnahmen und Quartierentwicklung. Dort liegt Substanz. Im Schreiben vom 14. April 2011 an die Fraktionschefs SP, FDP, SVP, CVP, verfasst durch den Stadtbaumeister und Leiter SDOL, wurde festgehalten, wie man politisch vorgehen könnte. Man müsste z.B. den Zuzug nach Grenchen, die Durchmischung anschauen etc., um sich dort einzumischen und Einfluss nehmen zu können. Dies ist aber eine politische Aufgabe. Das SDOL verrichtet seine Arbeit im gesetzlichen Rahmen. Es gibt Ansätze, Möglichkeiten, z.B. mit den Gegenleistungsprinzip-Plätzen. Davon macht das SDOL vier- bis fünfmal so viel Gebrauch wie andere Sozialhilfeeregionen. Das ist letztlich Professionalität. Dort hat Grenchen eine gute Situation mit der Vernetzung zum Netzwerk. Die Gemeinde kann einiges selbst an die Hand nehmen, der grösste Teil wird aber von den Bundesämtern (z.B. Bundesamt für Sozialversicherungen) bestimmt. Es bräuchte Koordination und Weitsicht bei den Sozialversicherungen. Den Verantwortlichen muss bewusst sein, dass sie, wenn sie bei den Sozialversicherungen etwas ändern, damit das ganze System verändern und neue Schnittstellen, neue Ungerechtigkeiten schaffen, die man mit Massnahmen auf der anderen Seite wieder bekämpfen resp. wieder koordinieren muss. Es fehlt die Gesamtsicht, die Strategie. Hier gilt: „Den Letzten beißen die Hunde“, und das ist die Sozialhilfe und letztlich die Gemeinde. Man geht in der Gesellschaft immer noch davon aus, dass die Leute, welche in der Sozialhilfe drin sind, immer noch eine theoretische Chance auf den ersten Arbeitsmarkt haben. Das stimmt aber nicht, und dies muss Irgendjemand in diesem Land, in diesem Kanton, in dieser Stadt auch einmal benennen. Die Sozialhilfe fungiert als Auffangbecken. Darin findet man auch „abgebaute“ Leute, Süchtige oder solche, die durch x Netze durchgefallen sind.

Leute, die keine reale Aussicht mehr auf den ersten Arbeitsmarkt haben, sind anders zu behandeln, als solche, welche die Sozialhilfe nur vorübergehend benötigen. Deshalb ist in diesem Bereich eine Differenzierung und Segmentierung angebracht. Es ist letztlich auch Professionalität, diese Abgrenzung vornehmen zu können. Einem Menschen ohne Perspektive zu sagen, dass er sich um Arbeit bemühen soll, ist letztlich Unsinn und ethisch nicht vertretbar. Die Sozialhilfe ist nicht homogen. Man unterscheidet etwa zwölf Gruppen, die differenziert und ethisch vertretbar zu behandeln sind.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Der Erhöhung des Rahmenstellenplans von bisher 2330 Stellenprozenten auf neu 2485 Stellenprozente wird zugestimmt.

4.2. Auf den 1. Januar 2012 werden 100% Administration neu geschaffen (60% Sozialhilfe und 40% Kindes- und Erwachsenenschutz). Die Stelle wird mit Frau Daniela Kovacevic besetzt.

4.3. Frühestens auf den 1. Juli 2012 wird eine 80%-Stelle Sozialarbeit Sozialhilfe geschaffen. Die Freigabe erfolgt durch die GRK.

Vollzug: SDOL, PA, FV

SDOL
PA
FV

0.2.2 / acs

Stiftung Adrian Girard: Erfolgsrechnung und Bilanz 2010 Revisorenbericht zur Jahresrechnung 2010; Genehmigung

Vorlage: StiraB 489/09.06.2011

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Roland Derendinger, Finanzverwaltung, erklärt, dass die Rechnung 2010 der Stiftung Adrian Girard mit einem Aufwandüberschuss von Total CHF 26'445.15 abschliesst, wovon CHF 22'445.15 gemäss Beschluss des Stiftungsrates zu Lasten der ordentlichen Reserven und CHF 4'000.00 zu Lasten der a.o. Reserven verbucht worden sind (ISG, Openhouse Fest CHF 2'000.00 und Verein für ein Grenchner Singtheater CHF 2'000.00).

1.2. Zu den Stipendien gilt es festzuhalten, dass im Jahre 2010 CHF 17'696.95 für Beiträge ans 10. Schuljahr und für die restlichen Schulen CHF 93'095.00 bezahlt wurden, was einem Total von CHF 110'791.95 entspricht.

Im Jahre 2010 wurden insgesamt 54 Gesuche behandelt, 9 wurden durch den Stiftungsausschuss abgelehnt.

Im Jahre 2009 wurden vergleichsweise 57 Gesuche behandelt, davon 24 abgelehnt.

1.3. Zur Bilanz kann kurz gesagt werden, dass die offenen Debitoren bezahlt wurden und das Kontokorrent zugunsten der Stadt Grenchen inzwischen ausgeglichen wurde.

1.4. Das Stiftungskapital beträgt rund CHF 4.4 Mio. und die Reserven belaufen sich nach Verbuchung des Aufwandüberschusses auf rund CHF 775'000.00.

1.5. Roland Derendinger bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

2. Eintreten

2.1. Laut Gemeinderat Daniel Trummer ist es ein alljährliches Ritual, dass der Gemeinderat die Rechnung der Stiftung Girard genehmigt. In der Vorlage steht, dass *eine markante Abweichung bei den Stipendien zu verzeichnen ist, welche rund Fr. 30'000.-- tiefer ausgefallen sind als budgetiert*. Er möchte dies nicht in Zweifel ziehen oder hinterfragen. Gemäss Art. 2 der Statuten hat die Stiftung folgenden Zweck:

1. *Die Stiftung bezweckt die Förderung des sozialen Wohles der Grenchner Bevölkerung. Sie ermöglicht insbesondere die Aus- und Weiterbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in Grenchen niedergelassen sind.*

2. *Zur Erreichung dieses Zweckes leistet die Stiftung Beiträge, bzw. Stipendien an die Kosten des Besuches von Mittel- und Hochschulen, die Fortbildungs- und Fachschulen aller Art, an die Kosten einer Berufslehre irgendwelcher Art, sowie Beiträge für den Besuch besonderer Schulungskurse, Auslandsaufenthalte zur Erlernung von Fremdsprachen, Berufsausbildung in speziellen Fächern.*
3. *Sie kann Beiträge leisten an Spital- und Kuraufenthalte und Ferien erkrankter und schwächerer Schüler und invalider Personen. Sie kann jugendlichen Künstlern Produktionsbeiträge und Beiträge an Werkjahre gewähren und Beiträge an Forschungsprojekte der in Grenchen ansässigen Schulen ausrichten.*
4. *Soweit der jährliche Ertrag nach Ausrichtung der Beiträge gemäss Absatz 2 hier- vor es zulässt, können an Organisationen, die in der Jugendarbeit tätig sind, Bei- träge ausgerichtet werden.*

Es geht also um Förderung, Bildung, Unterstützung. Rund CHF 4.4 Mio. Franken Stif- tungskapital sind vorhanden. Daniel Trummer findet, dass man dies besser nutzen sollte. Das ist keine Kritik an der Stiftung. Müsste man die Stiftung nicht besser be- kannt machen?

- 2.2. Anne-Catherine Schneeberger, Stadtschreiberin-Stv., erklärt, dass das Stadtpräsi- dum zweimal pro Jahr (August, Dezember) ein Inserat der Girard Stiftung im amtlichen Publikationsorgan „Grenchner Stadtanzeiger“ veröffentlicht. Eigentliche Werbung, z.B. auf der Homepage mit einem Formular zum Downloaden, wird nicht betrieben.
- 2.3. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga werden für Stipendien die Erträge der Stiftung verwendet. Reichen diese für die Ausrichtung der Stipendien nicht aus, wird die Diffe- renz den ordentlichen Reserven entnommen. Beiträge an Vereine werden zu Lasten der a.o. Reserven gesprochen.
- 2.4. Laut Roland Derendinger werden Gesuche vom Ausschuss abgelehnt, wenn die vor- geschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, z.B. wenn das Gesuch nicht dem Stiftungszweck entspricht, der Bewerber nicht ununterbrochen während mindestens einem Jahr vor Beginn der Ausbildung, für welche um einen Beitrag nachgesucht wird, in Grenchen wohnhaft ist oder die Einnahmen (zumutbaren Elternbeiträge) die anrechenbaren Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten übersteigen.
- 2.5. Es geht Daniel Trummer nicht darum, dass mehr Werbung betrieben wird. Er möchte nur, dass die GR-Mitglieder, falls sie von der Grenchner Bevölkerung angesprochen werden, wissen, wofür die Stiftung Geld spricht. Aus diesem Grund hat er den Stif- tungszweck rekapituliert.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Jahresrechnung 2010 mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Revisionsbericht der Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard wird zuhanden des Volkswirtschaftsdepartements, Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht, genehmigt.

Zu eröffnen an: Berufliche Vorsorge / Stiftungsaufsicht, Rötistrasse 4, Postfach 548, 4501 Solothurn

Vollzug: Stadtpräsidium

Stiftung Adrian Girard
Stadtpräsidium
FV

9.6 / acs

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Resolution „Aufrechterhaltung der Bahnlinie Genf/Lausanne – Biel – Grenchen-Nord - Delémont – Basel“

1.1. Gemeinderat Urs Wirth verliest folgende Resolution der SP Grenchen vom 8. September 2011:

Es gibt Indizien, wonach die direkte Bahnlinie (ohne Umsteigen) Genf/Lausanne – Biel - Grenchen-Nord – Delémont - Basel nicht mehr als vorrangige SBB Linie geführt werden soll. Wir befürchten sogar, dass künftig der Betrieb der Intercity Züge Genf-Basel via Delémont komplett gestrichen werden. Wie man weiß, ist diese Bahnlinie auch für andere Regionen äusserst wichtig.

Die Stammkunden dieser Linie, viele davon sind Pendler, wissen nämlich, dass in Laufen, in Moutier und in Grenchen Nord viele Fahrgäste aus den oft überfüllten Intercityzügen ein- und aussteigen. Viele Fahrgäste kommen zur Arbeit oder fahren zur Arbeit nach Basel, Biel, Neuchâtel oder Bern, Ortschaften welche durch attraktive Intercityzüge bedient werden. Der Wirtschaftsraum Grenchen braucht leistungsfähige Bahnverbindungen. Diese Verbindung erhöht die Beweglichkeit der arbeitenden Bevölkerung und der Studierenden. Sie trägt aber auch zur Ansiedlung von Unternehmen bei und fördert den sanften Tourismus in der Region. Wir sind nicht bereit zu akzeptieren, dass die SBB die Bahnverbindungen von und nach Grenchen, einem so bedeutenden Wirtschaftsstandort, reduzieren.

Wir erwarten von Bund und SBB eine auf lange Zukunft garantierte Versorgung des Bahnhofs Grenchen-Nord.

Der Gemeinderat der Stadt Grenchen fordert die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Linie Genf/Lausanne-Biel-Grenchen-Nord-Moutier-Delémont-Basel.

Um die Weiterführung der Linie zu gewährleisten, erbittet der Gemeinderat um die Unterstützung der Kantonsregierung und der kantonalen National- und Ständeratsmitglieder.

1.2. Beschluss

1.2.1 Der Gemeinderat unterstützt einstimmig die Resolution „Aufrechterhaltung der Bahnlinie Genf/Lausanne – Biel – Grenchen-Nord - Delémont – Basel“.

1.2.2 Die Stadtkanzlei wird mit dem Vollzug beauftragt.